



**Stadt: Golßen**

☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>			beschließend

**Beratungsgegenstand:** Rüge der Bürgermeisterin durch die Stadtverordnetenversammlung

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Fraktion - AfD	202-2021	30.12.2021

## **A. Beschlussvorlage:**

### **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

Die Stadtverordnetenversammlung rügt die Bürgermeisterin für ihre Rechtsverletzung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg § 34 Abs. 2 Ziffer 1, durch welchen sie zur unverzüglichen Einberufung einer Sitzung der SVV verpflichtet war.

Des Weiteren wird die nicht existente Kommunikation mit den Stellvertretern der Bürgermeisterin und den Fraktionen im Zusammenhang mit der abgesagten (13.12.2021) und der durch den

1. Stellvertreter vorbereiteten Sitzung (20.12.2021) gerügt.

### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Eine Chronologie der Ereignisse und Handlungen zu anvisierten Sitzungen der SVV im Monat Dezember 2021:

1. Am 03.12.2021 wurde die für den 13.12.2021 geplante Stadtverordnetenversammlung durch die Bürgermeisterin abgesagt, obwohl von mindestens zwei Fraktionen Tagesordnungspunkte angesetzt waren. Dies geschah ohne jegliche Kommunikation mit ihren Stellvertretern oder den Fraktionsvorsitzenden.
2. Trotz Kontaktaufnahme per Mail stand die Bürgermeisterin für nahezu eine Woche nach der Absage (bis zum 09.12.2021) für keine weitere Information zur Verfügung.

3. Die fünf Stadtverordneten der UBL-Fraktion nahmen zwischenzeitlich am 06.12.2021 schriftlich Kontakt zum 1. stellvertretenden Bürgermeister Vincent-J. Fuchs auf, um eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach § 34 Abs. 2 Ziffer 1 (BbgKVerf) noch für Dezember einzuberufen, da mangels Antwort eine gesundheitliche Dienstunfähigkeit der Bürgermeisterin vermutet werden musste.
4. Der 1. stellvertretende Bürgermeister hat daraufhin alles Notwendige inklusive Tagesordnung für eine Sitzung am 20.12.2021 vorbereitet, um die fristgerechte Ladung zu ermöglichen.
5. Mit Nachricht vom 09.12.2021 an die Fraktionsvorsitzenden verneinte die Bürgermeisterin eine gesundheitliche Dienstunfähigkeit.
6. Es erfolgte daraufhin jedoch keine nach der Kommunalverfassung zwingend erforderliche (und wie unter Punkt 4 genannt, bereits durch den Stellvertreter vorbereitete) Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Es bleibt aus dieser Abfolge festzustellen, dass die Bürgermeisterin dienstfähig war und trotz mehrfacher Aufforderungen und Hinweise der beiden Vorsitzenden der Fraktionen UBL und AfD (die zugleich ihre beiden Stellvertreter in Personalunion sind) ihrer Pflicht aus der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nicht nachgekommen ist.

Die Bürgermeisterin hat daher wissentlich und mutwillig eine Rechtsverletzung der Kommunalverfassung herbeigeführt.

#### **Hinweis:**

### **Finanzielle Auswirkungen**

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_ i. H. von \_\_\_\_\_ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt \_\_\_\_\_ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : \_\_\_\_\_ € einmalig  
 \_\_\_\_\_ € jährlich  
 \_\_\_\_\_ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
 noch verfügbare Mittel \_\_\_\_\_ €  
 Vergabevorschlag \_\_\_\_\_ €.

### **Anlagen**

#### **B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:**

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

---

**B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:**

- ☐ Zustimmung Hauptausschuss
- ☐ Ablehnung Hauptausschuss
- ☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

---

Datum

Unterschrift des Fraktionsvorsitzenden:  
Herrn Fuchs

**C. Beschluss: \_\_\_\_\_ Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage****Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

<b>Zustimmungsempfehlung Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Gölsen:</b> Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

**Sichtvermerk/Datum:**

Amtsleiter	Amtsleiter	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	------------	-------------------------------------------------